

Lehrstellen statt Leerstellen

Gesellschaftlicher Skandal mit Tradition

Seit Jahren gehen hunderttausende Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz ihrer Wahl leer aus. Sie absolvieren Ausbildungen in Berufen, die sie eigentlich nicht ergreifen wollten, landen in überbetrieblichen und schulischen „Warteschleifen“ oder direkt in der Arbeitslosigkeit. Die bittere Lehre, die sie dabei schon zu Beginn ihres Berufslebens ziehen: Dieses System schert sich einen Dreck um ihre Vorstellungen und Wünsche für die Zukunft. Ihre Fähigkeiten und Talente werden nicht gebraucht. Zu Beginn des Ausbildungsjahres existieren sie plötzlich noch nicht einmal mehr auf dem Papier. Jetzt suchen nach Regierungsangaben „nur“ noch etwa 35.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Aus der Statistik verschwunden sind z.B. die 210.000 Jugendlichen, die in sogenannte berufsvorbereitende Maßnahmen in Berufsschulen und bei arbeitsamtsfinanzierten Bildungsträgern abgedrängt wurden, und von denen erfahrungsgemäß nach Beendigung dieser Maßnahme nur ein Drittel eine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben wird.

Um den Skandal perfekt zu machen, gibt man – wie so oft – den Betroffenen die Schuld: Ausbildung sei zu teuer, die Jugendlichen nicht „ausbildungsfähig“, ja nicht einmal „ausbildungswillig“.

Fakten sprechen eine andere Sprache

Die Fakten entlarven die wahren Schuldigen an dieser Misere: In den letzten beiden Jahren wurden mehr als 86.000 – das heißt jeder sechste! - betriebliche Ausbildungsplätze vernichtet und das bei steigenden Bewerberzahlen!

Im Ausbildungsjahr 2002/2003 erreichte die Differenz zwischen gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen und gemeldeten BewerberInnen mit 234.000

ihren Höchststand seit 1989. Nur noch ein Viertel der ausbildungsfähigen Betriebe bilden überhaupt aus. Insbesondere die großen Konzerne, Banken und Versicherungen ziehen sich aus der betrieblichen Ausbildung immer mehr zurück zulasten kleiner und Kleinstbetriebe. Und: das Duale System (betriebliche Ausbildung ergänzt durch Teilzeit-Berufsschule) – früher als beispielgebend für andere Länder gepriesen – wird schleichend verstaatlicht. Die betriebliche Ausbildung wird derzeit in großem Umfang durch öffentlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote ersetzt. Heute finanzieren die öffentlichen Haushalte bereits 40 % der Nettokosten beruflicher Bildung. Und kein Unternehmerverband protestiert gegen diese Form von Subventionen! Insbesondere die großen Konzerne profitieren davon. Sie können auf gut ausgebildete Jugendliche zurückgreifen, ohne selbst dafür bezahlt zu haben.

Verstoß gegen gesellschaftliche Verantwortung

Damit entziehen sie sich ganz bewusst ihrer in Grundgesetz und Landesverfassung festgeschriebener gesellschaftlichen Verpflichtung. Bereits 1980 hat das Bundesverfassungsgericht die Bereitstellung eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots von betrieblichen Ausbildungsplätzen als Verpflichtung der gesamten Wirtschaft definiert. Dazu – so das entsprechende Urteil – sind 112,5 Ausbildungsplätze für 100 Bewerberinnen und Bewerber sicherzustellen. Bundes- und Landesregierung sind bisher ihrer Pflicht, die Erfüllung dieser gesellschaftlichen Verpflichtung mit geeigneten Maßnahmen einzufordern, nicht gerecht geworden.

Man setzte auf Dialog und die Einsicht der Wirtschaft in die Notwendigkeit. Diese sah jedoch nur die Notwendigkeit, noch mehr Profit zu machen und strich ihr Angebot in diesem Jahr erneut. Und im Oktober, dem ersten Monat der neuen Vermittlungsrunde boten Betriebe und Verwaltungen den Arbeitsämtern noch einmal 14,5 % weniger Lehrstellen an als im Vergleichsmonat des Vorjahres.....

Und wenn sich Ausbilder über die schlechten Voraussetzungen der Jugendlichen beschwerden („nicht ausbildungsfähig“), wen wundert es? An unserem Schulsystem wird seit Jahren systematisch gespart. Zu große Klassen, völlig veraltete Lehrerkollegien, katastrophale Ausstattung – all das trägt dazu bei, dass Jahr für Jahr hunderttausende Jugendliche die Schulen nur mit Grundkenntnissen und viele sogar ohne Abschluss verlassen. Und die Berufsschulen als Kellerkinder dieses Schulsystems haben nicht die Möglichkeit, diese Defizite auszugleichen.

Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

Die DKP und die Gewerkschaften fordern seit Jahren eine Ausbildungsumlage. Betriebe, die nicht oder nicht ausreichend ausbilden, sollen wenigstens zahlen und sich so an der Finanzierung von Ausbildungsplätzen beteiligen. Inzwischen ist der gesamtgesellschaftliche Druck so groß geworden, dass die Mehrheitsfraktionen in Berlin, SPD und Grüne, erklärt haben, ein solches Gesetz im Frühjahr 2004 auf den Weg zu bringen. Da Kanzler Schröder und Wirtschaftsminister Clement jedoch eine solche Zwangsmaßnahme nach wie vor ablehnen, steht zu befürchten, dass diese auf dem Altar der Verhandlungen mit der Bundesratsmehrheit von CDU/CSU/FDP im Vermittlungsausschuss geopfert wird. Aber auch wenn es zu dieser Abgabe kommt, gilt es den Druck zu entwickeln, dass diese wirksam gestaltet wird. Sie sollte in erster Linie die großen Konzerne, Banken und Versicherungen treffen, die sich seit Jahren aus der betrieblichen Ausbildung zurückziehen und sie sollte darauf gerichtet sein, in erster Linie betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen, da diese die beste Voraussetzung für eine gute berufliche Perspektive eröffnen.